

Rahmenbedingungen

Relativ rasche Bewältigung der Verunsicherung

nach dem 11. September 2001

Insgesamt betrachtet haben die österreichischen Kreditinstitute das schwierige Jahr 2001 erfolgreich bewältigt. Sie haben die Phase der Verunsicherung nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, die von einer wirtschaftlichen Abschwächung begleitet wurde, gut überstanden. Das Engagement der Banken in den am stärksten betroffenen Branchen, wie der Tourismusbranche (insbesondere den Fluggesellschaften) und den Versicherungen, waren in keiner Weise stabilitätsgefährdend.

Bei den Investmentfonds, Pensionskassen und Versicherungen verstärkten die Septemberereignisse die verhaltene Entwicklung der Ertragslage, die bereits von der schwachen Börsenentwicklung der vergangenen Jahre geprägt war. In den ersten Monaten des heurigen Jahres konnten die Rückgänge jedoch wieder kompensiert werden, was sich in der Ausweitung des Vermögens der österreichischen Investmentfonds um 6% auf 92,6 Mrd EUR widerspiegelt.

Die Ertragssituation der Großbanken hat sich im Jahr 2001 weitgehend verbessert, wobei die Tochtergesellschaften aus Zentral- und Osteuropa einen wesentlichen Beitrag zum gestiegenen Zinsertrag geleistet haben. Die Verschlechterung der Kreditqualität und die Zunahme der Insolvenzen haben aber zu einem höheren Vorsorgebedarf für Kreditrisiken für das Jahr 2001 geführt.

Die Konsolidierungsbestrebungen im österreichischen Bankensektor wurden weiter fortgesetzt. Die Integration der Bank Austria AG in die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG (HVB) ist weitgehend abgeschlossen; die Eingliederung der Creditanstalt AG in die Bank Austria AG soll bis Mitte 2002 erfolgen. In den mehrstufigen Sektoren zeigen sich zunehmend Bemühungen zur Stärkung des Sektorverbands. Im Sparkassensektor besteht seit Januar 2002 ein Haftungsverbund mit wechselseitigen Garantien als Ergänzung zur bestehenden Einlagensicherung sowie ein zentralisiertes Liquiditätsmanagement. Verbesserungen in der Sektorstruktur wurden durch die Übertragung von regionalen Filialen der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG (Erste Bank) an Bundesländerinstitute (bei gleichzeitiger Beteiligung der Erste Bank) erzielt. Die Erste Bank übernahm Ende des Jahres 2001 die Mehrheit an der Tiroler Sparkasse. Die Volksbanken transferierten ihre Aktien der Österreichischen Volksbanken-AG (ÖVAG) in eine neu gegründete Volksbanken Holding, die nun 55% an der ÖVAG hält.

Die Eurobargeldeinführung erfolgte in Österreich problemlos. Die logistischen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Geldverteilung wurden ohne Zwischenfälle bewältigt. Zusätzlich wurden 500 Mio EUR in den zentral- und osteuropäischen Nachbarstaaten über die bestehenden Kanäle der Geschäftsbanken vorverteilt.

Umfassende Reform der Finanzmarktaufsicht

In verschiedenen EU-Ländern und europäischen Gremien werden derzeit Maßnahmen zur Überarbeitung der Aufsichtsstrukturen und eine weitere Verbesserung der Kooperation zwischen Notenbanken und Aufsichtsbehörden überlegt. In Österreich wurde mit Wirkung vom 1. April 2002 die Finanz-

marktaufsicht neu geregelt.¹⁾ Das Ziel der Reform besteht darin, eine qualitativ hochwertige, effektive und gleichzeitig kostengünstige Aufsichtsstruktur zu schaffen. Damit soll den veränderten regulatorischen Rahmenbedingungen, wie den „Basler Grundsätzen für eine wirksame Bankenaufsicht“ sowie den in der Vorbereitungsphase befindlichen neuen Eigenkapitalbestimmungen („Basel II“), Rechnung getragen werden. Weiters verlangen die wachsenden grenzüberschreitenden Aktivitäten der österreichischen Banken sowie die weiter steigende Komplexität von Finanzdienstleistungen eine wesentliche Ausweitung der Prüfungstätigkeit und der damit verbundenen internationalen Kooperation mit ausländischen Aufsichtsbehörden.

Die neue Finanzmarktaufsicht

- Am 1. April 2002 trat die Neuordnung der Finanzmarktaufsicht in Österreich in Kraft
- Errichtung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) als weisungsfreie Körperschaft des öffentlichen Rechts, die für die Banken-, die Versicherungs-, die Pensionskassen- und die Wertpapieraufsicht zuständig ist („Allfinanzaufsicht“)
- Ausstattung der FMA mit einer Verwaltungsstrafkompetenz und der Kompetenz zur Vollstreckung der von ihr erlassenen Aufsichtsbescheide
- Weitgehende Übernahme der Aufsichtskosten durch die beaufsichtigten Institute; Beitrag des Bundes pro Geschäftsjahr der FMA in der Höhe von 3,5 Mio EUR
- Einrichtung eines Finanzmarkt-Komitees beim Bundesminister für Finanzen als Plattform der für die Finanzmarktstabilität mitverantwortlichen Institutionen (FMA, Oesterreichische Nationalbank und Bundesministerium für Finanzen) zur Förderung des Meinungsaustauschs sowie zur Beratung in Belangen der Finanzmarktaufsicht
- Weitgehende operative Einbindung der OeNB in die Bankenaufsicht: Die OeNB ist verpflichtend mit der Vor-Ort-Prüfung der Markt- und Kreditrisiken bei Kreditinstituten zu betrauen. Bei anders ausgerichteten Vor-Ort-Prüfungen (z. B. Geldwäsche) kann die OeNB beauftragt werden. Die FMA ist berechtigt, an Vor-Ort-Prüfungen der OeNB durch eigene Mitarbeiter teilzunehmen. Weiters besteht in diversen Bestimmungen des BWG die Verpflichtung der OeNB zur Erstellung von Gutachten (z. B. gemäß § 26 ff. BWG). Das bestehende System der Meldeerhebung und -verarbeitung durch die OeNB wird weitergeführt und der Informationsfluss zwischen der OeNB und der FMA durch die ausdrückliche Normierung einer wechselseitigen Amtshilfepflicht abgesichert
- Betrauung der OeNB mit der Zahlungssystemaufsicht (ZSA) und Ermächtigung zur weisungsfreien Durchführung der ZSA

Durch die Reorganisation der Finanzmarktaufsicht in Österreich und die weitgehende operative Einbindung der OeNB wird sichergestellt, dass die OeNB auch im Eurosystem ihren Beitrag zur Erhaltung der Finanzmarktstabilität überzeugend leisten kann.

1 Siehe dazu auch Würz, M. (2001). Reform der Finanzmarktaufsicht in Österreich – Das neue Finanzmarktaufsichtsgesetz (FMAG). In: Finanzmarktstabilitätsbericht 2 der OeNB, Dezember.

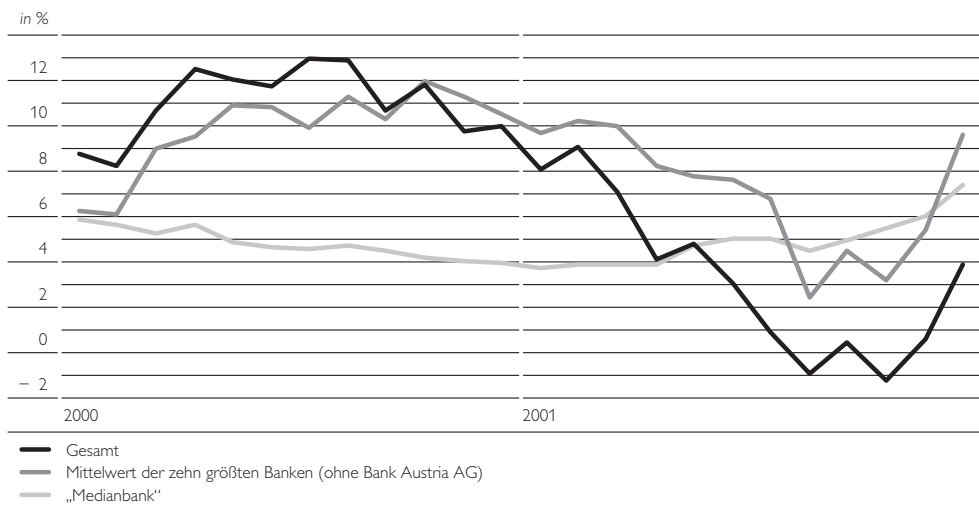
Banken

Zunahme des Bilanzsummenwachstums im zweiten Halbjahr 2001

Seit dem zweiten Halbjahr 2000 ist das jährliche Bilanzsummenwachstum – bezogen auf alle österreichischen Kreditinstitute – von einer zunehmenden Abschwächung gekennzeichnet. Diese begründete sich primär in Umstrukturierungsmaßnahmen im Zuge der Fusion der Bank Austria AG und der HVB.¹⁾ In den folgenden Monaten hat sich eine Wende in der Entwicklung des Gesamtbilanzsummenwachstums vollzogen, und im letzten Quartal 2001 stieg das jährliche Wachstum der Gesamtbilanzsumme auf 3,9%. Die Bilanzsumme aller österreichischen Kreditinstitute lag Ende Dezember 2001 bei 581 Mrd EUR (unkonsolidierte Betrachtung gemäß Monatsausweis). Unter Berücksichtigung der konsolidierten Konzernbilanzen der fünf größten österreichischen Banken, die auch ausländische Töchter und Beteiligungen enthalten, ergibt sich auf Basis der Jahresabschlüsse 2001 eine Gesamtbilanzsumme von rund 650 Mrd EUR.

Grafik 14

Bilanzsummenwachstum der österreichischen Kreditinstitute



Quelle: OeNB.

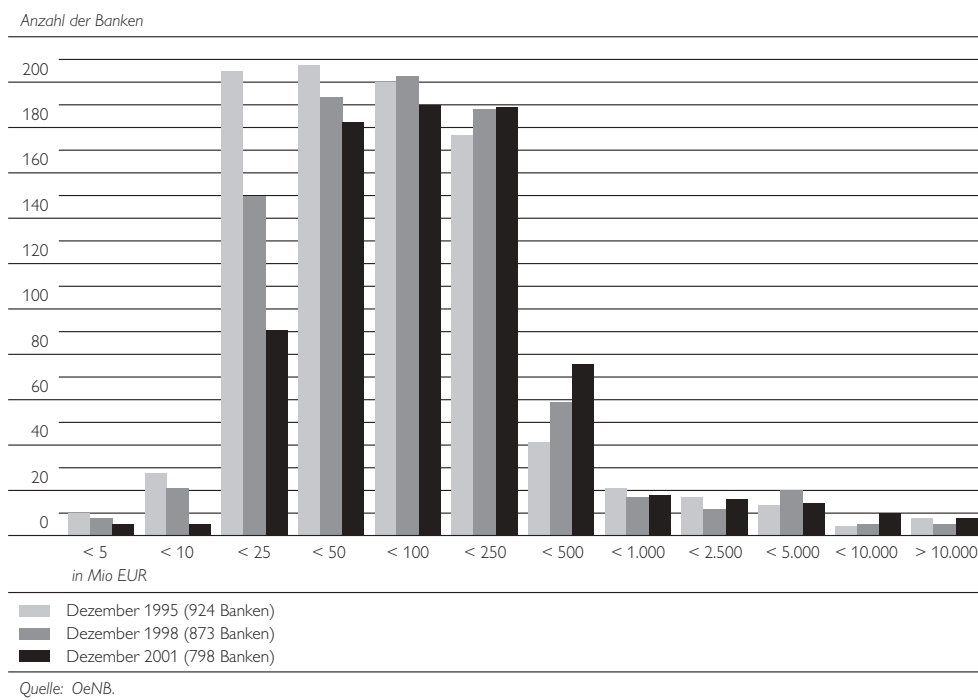
Durch die differenzierte Darstellung in Grafik 14 werden zwei Entwicklungen sichtbar. Zum einen ist der Rückgang des Gesamtbilanzsummenwachstums (ohne Sonderbanken) ab Mitte 2000 nicht nur durch die genannten Umstrukturierungsmaßnahmen der Bank Austria AG zu erklären, da das Bilanzsummenwachstum der zehn größten Banken auch ohne Berücksichtigung der Bank Austria AG von 12% im letzten Quartal 2000 auf knapp über 2% Ende des dritten Quartals 2001 zurückging. Der Rückgang des Gesamtbilanzsummenwachstums während dieses Zeitraums dürfte also auch zu einem guten Teil auf die konjunkturelle Abschwächung zurückzuführen sein. So zeigte auch das

¹ Im Zuge dieser Umstrukturierungsmaßnahmen wurden Teile des Geschäftsvolumens der Bank Austria AG an die HVB übertragen, wodurch sich die Bilanzsumme der Bank Austria AG im Jahr 2001 deutlich verringerte. Da die Bank Austria AG mit einem Anteil von etwa 25% an der Gesamtbilanzsumme das mit Abstand größte österreichische Kreditinstitut ist, wirkt sich dieser Rückgang entsprechend stark auf das Gesamtbilanzsummenwachstum aus.

Bilanzsummenwachstum eines „durchschnittlichen“ österreichischen Kreditinstituts, der „Medianbank“¹⁾, bereits seit Anfang des Jahres 2000 eine – wenn auch moderate – Abschwächung bis zum Ende des ersten Quartals 2001. Zum anderen lässt sich im Bilanzsummenwachstum der zehn größten Banken ohne Bank Austria AG²⁾ schon mit Ende des dritten Quartals 2001 die Trendwende erkennen. Im zweiten Halbjahr 2001 stieg deren durchschnittliches Wachstum von knapp über 2 auf fast 10%. Auch das Bilanzsummenwachstum der „Medianbank“ hat seit dem zweiten Quartal 2001 von knapp unter 4 auf 7,5% Ende 2001 zugenommen. Die Zunahme des Bilanzsummenwachstums der „Medianbank“ war also, ebenso wie die Abschwächung zuvor, weniger deutlich

Grafik 15

Verteilung österreichischer Kreditinstitute nach der Bilanzsumme



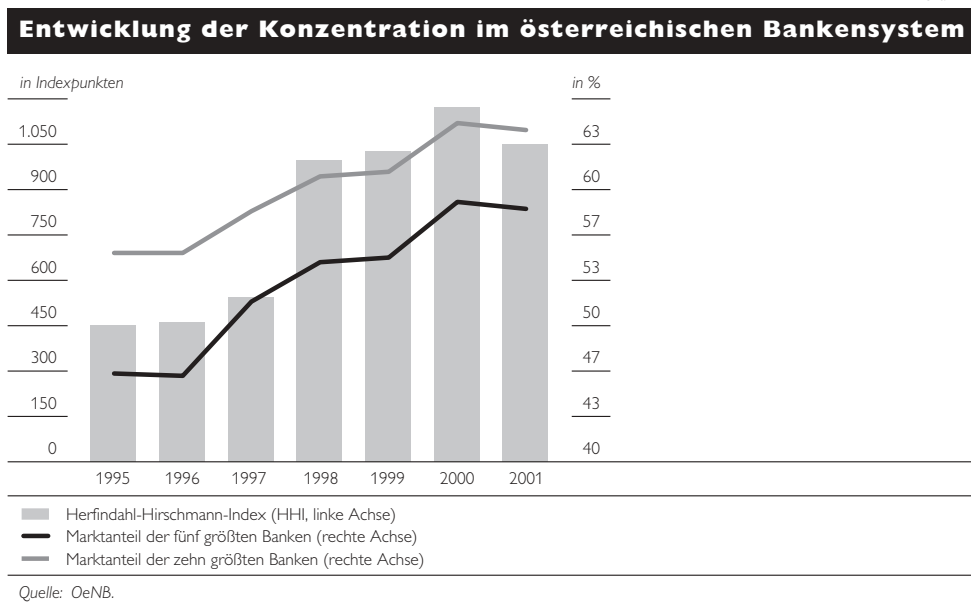
- 1 Der Begriff „Medianbank“ bezieht sich auf jenes Kreditinstitut, für das gilt, dass 50% aller Kreditinstitute eine größere Kennzahl (z. B. Bilanzsummenwachstum, Bilanzsumme, Cost/Income Ratio etc.) haben, wobei die Sonderbanken nicht berücksichtigt werden. Im Allgemeinen ist dies für verschiedene Kennzahlen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten nicht ein und dieselbe Bank, weshalb der Begriff kein konkretes Kreditinstitut bezeichnet. Die „Medianbank“ ist vielmehr ein hypothetisches Kreditinstitut, das bezüglich einer bestimmten Kennzahl eine „typische“ oder „durchschnittliche“ österreichische Bank repräsentiert. Gegenüber der Verwendung des Durchschnitts hat das Konzept der „Medianbank“ den Vorteil, dass das Ergebnis nicht durch Ausreißer verzerrt wird. Zum Beispiel liegt die Bilanzsumme der „Medianbank“ Ende 2001 bei 80 Mio EUR, während die durchschnittliche Bilanzsumme 708 Mio EUR beträgt. Vergleicht man diese Werte mit der Verteilung der Banken nach der Bilanzsumme in Grafik 15, so wird deutlich, dass die Frage nach der Bilanzsumme einer „typischen“ oder „durchschnittlichen“ österreichischen Bank durch die „Medianbank“ wesentlich besser beantwortet wird als durch den Durchschnitt selbst, da dieser von den wenigen Großbanken mit sehr großer Bilanzsumme überproportional beeinflusst wird.
- 2 Die Trendumkehr ist auch bei der Bank Austria zu beobachten, die seit dem vierten Quartal 2001 wieder ein steigendes Bilanzsummenwachstum aufweist. Somit kann davon ausgegangen werden, dass die Umstrukturierungsmaßnahmen nunmehr abgeschlossen sind.

ausgeprägt als bei den Großbanken, was darauf hindeutet, dass die „durchschnittliche“ österreichische Bank weniger stark vom konjunkturellen Umfeld beeinflusst wird als die Großbanken.

Getragen wurde der Anstieg im Bilanzsummenwachstum in erster Linie durch eine Ausweitung des Interbankengeschäfts, das aktivseitig im vierten Quartal 2001 im Vergleich zum Vorjahr um 9,3% und passivseitig um 2,1% zugenommen hat. Gleichzeitig sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 6,1% gestiegen, die entsprechenden Forderungen aber nur um 2,9%. Die aktiv- und passivseitig unterschiedlichen Zuwachsraten im Interbankengeschäft sind also vermutlich darauf zurückzuführen, dass die Einlagen der Kunden vermehrt bei ausländischen Banken, insbesondere zur Refinanzierung der ost-europäischen Bankentöchter, veranlagt wurden.

Mit Stichtag 31. Dezember 2001 hatten von den insgesamt 798 Kreditinstituten (ohne Sonderbanken) weniger als 10% eine Bilanzsumme über 500 Mio EUR und nur 4 Großbanken eine Bilanzsumme von mehr als 30 Mrd EUR. Seit Ende der Neunzigerjahre ist im österreichischen Bankensystem ein zunehmender Konzentrationsprozess auf Grund von Fusionen unter den Kleinbanken – in erster Linie Raiffeisenbanken – zu beobachten, wodurch sich die Zahl der Kreditinstitute seit 1995 um rund 13% verringert hat. In Grafik 15 zeigt sich der Konzentrationsprozess darin, dass es im Zeitverlauf zu keinen kontinuierlichen Klassenübertritten in die nächst höhere Klasse kommt. Die Anzahl der Banken mit einer Bilanzsumme bis 100 Mio EUR hat sich zwischen 1995 und 2001 um fast 30% verringert, während jene mit einer Bilanzsumme zwischen 100 und 500 Mio EUR nur um etwas mehr als 20% gestiegen ist. Gleichzeitig hat sich die Bilanzsumme der „Medianbank“ von 52 auf 80 Mio EUR erhöht.

Grafik 16



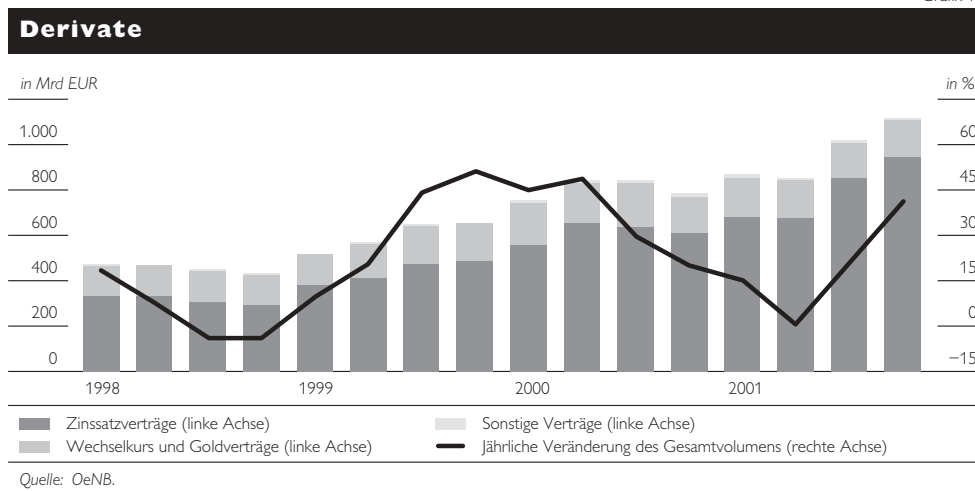
Die zweite und aus systemrelevanten Überlegungen wesentlich bedeutendere Ebene, auf der sich der Konzentrationsprozess vollzieht, bezieht sich auf Fusionen unter Großbanken. Grafik 16 zeigt die Entwicklung der Konzentra-

tion seit 1995 anhand des Herfindahl-Hirschmann-Index (HHI)¹⁾ und des Anteils der fünf bzw. zehn größten Banken an der gesamten Bilanzsumme (ohne Sonderbanken). Der deutliche Anstieg des HHI zwischen 1995 und 2000 wurde in erster Linie durch Fusionen von Großbanken verursacht (Bank Austria AG/Creditanstalt AG im Jahr 1998, Bank für Arbeit und Wirtschaft AG (BAWAG)/Österreichische Postsparkasse AG (P.S.K.) im Jahr 2000). Die Abnahme des HHI im Jahr 2001 begründet sich in den erwähnten Umstrukturierungsmaßnahmen bei der Bank Austria AG.

Steigendes Wachstum im Derivatgeschäft bei vermindertem Volumen des Wertpapierportefeuilles

Nach einer Phase mit zunehmenden jährlichen Zuwachsraten im Volumen der gehandelten Terminkontrakte (Optionen, Futures, Swaps etc.) während des Jahres 1999 verlangsamte sich das Wachstum in der Folge und kam Ende des zweiten Quartals 2001 beinahe vollständig zum Stillstand. Wie aus Grafik 17 ersichtlich ist, hat sich diese Entwicklung im zweiten Halbjahr 2001 umgekehrt. Ende des vierten Quartals 2001 betrug das Volumen in Derivaten über 1.100 Mrd EUR, was einem jährlichen Zuwachs von 41% entspricht. Damit erhöhte sich das Verhältnis der Derivatgeschäfte zur Bilanzsumme seit Dezember 2000 um 49 Prozentpunkte auf 190%.

Grafik 17



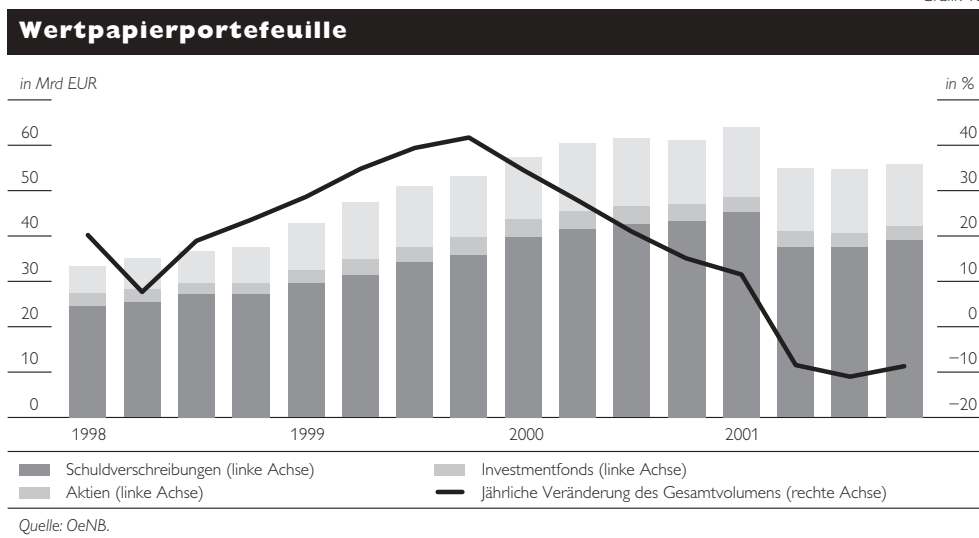
Dieser Zuwachs ist fast ausschließlich auf Zinssatzverträge zurückzuführen, deren Volumen im vierten Quartal 2001 auf knapp 950 Mrd EUR anstieg. Bei den Zinssatzverträgen wiederum handelt es sich in der überwiegenden Mehrheit um Zinsswaps, also dem Tausch von Zahlungsströmen mit fixer Verzinsung gegen solche mit variabler Verzinsung, wobei die variable Verzinsung an einen Geldmarktsatz wie dem EURIBOR gebunden ist.²⁾ Die Zinssatzverträge zeigen

1 Der HHI berechnet sich als Summe der quadrierten Marktanteile in Prozent der Gesamtbilanzsumme und nimmt (theoretisch) Werte zwischen 0 (vollständiger Wettbewerb) und 10.000 (Monopol) an.
 2 Das in Grafik 17 dargestellte Volumen bezieht sich auf die Nominale, das zur Berechnung der Zinszahlungen herangezogen wird, wobei zwischen den Vertragspartnern nur die Differenz aus variabler und fixer Zinszahlung verrechnet wird. Das Nominale selbst wird nicht ausgetauscht, weshalb die tatsächlich verrechneten Beträge weitaus geringer als das dargestellte Volumen sind. Zudem lässt das Handelsvolumen keine Aussage über das hinter den Geschäften stehende Risiko zu.

seit Beginn der Währungsunion deutliche Wachstumsraten, was in erster Linie dadurch begründet werden kann, dass mit der Währungsunion eine einheitliche Zinskurve auf dem Swapmarkt geschaffen wurde.¹⁾ Zinsswaps werden, ebenso wie Staatsanleihen, von den Banken unter anderem zur Anpassung der Zahlungsströme im Aktiv-/Passivmanagement und zur Steuerung des Zinsrisikos eingesetzt. Grafik 18 zeigt, dass der Anteil der Schuldverschreibungen am gesamten Wertpapierportefeuille im zweiten Quartal 2001 deutlich gesunken ist. Dies deutet darauf hin, dass die österreichischen Kreditinstitute – dem internationalen Trend folgend – zunehmend auf Zinsswaps an Stelle von Staatsanleihen zurückgreifen, um ihr Aktiv-/Passivmanagement und das Zinsrisiko zu steuern.

Wechselkurs- und Goldverträge stellen den zweitgrößten Anteil am gehandelten Volumen in Derivatgeschäften. Deren Volumen hat im ersten Halbjahr 2000 sogar leicht zugenommen, was primär auf Transaktionen zur Absicherung von Fremdwährungskrediten zurückzuführen sein dürfte. Seit dem dritten Quartal 2000 hat sich das Volumen um 18% von 192 Mrd EUR auf 152 Mrd EUR verringert, sodass sich das (durch die Euroeinführung) verminderte Wechselkursrisiko, wenn auch verspätet, offensichtlich doch im Handelsvolumen der Wechselkursderivate niederschlägt.

Grafik 18



Das Volumen des Wertpapierportefeuilles der österreichischen Kreditinstitute (siehe Grafik 18) hat bis Ende 1999 mit steigenden jährlichen Wachstumsraten zugenommen. In der Folge hat sich das Wachstum verringert, und seit dem dritten Quartal 2001 ist es negativ. Bis Anfang 2000 nahm das Volumen der Investmentfonds mit jährlichen Zuwachsraten von bis zu 100% beständig zu. Seither haben sich die Zuwächse anhaltend verringert, und seit dem zweiten Quartal 2001 hat das Volumen gegenüber dem Vorjahr sogar abgenommen. Ende 2001 lag das Volumen der Investmentfonds bei 14 Mrd EUR. Der Rückgang im Volumen des gesamten Wertpapierportefeuilles begründet sich in

¹ Der Markt für Staatsanleihen ist hingegen auf Grund von Unterschieden in den Liquiditäts- und Bonitätsrisiken sowie den steuerlichen Regelungen bis heute nicht vollständig integriert.

der Verringerung der Schuldverschreibungen von 45 auf 38 Mrd EUR im zweiten Quartal 2001.¹⁾

Zinnsensitive Instrumente haben sowohl an den gehandelten Derivaten (Swaps) als auch am Wertpapierportefeuille (Schuldverschreibungen) einen wesentlichen Anteil. Auf Grund der derzeitigen Meldevorschriften ist es insbesondere hinsichtlich der Swaps nicht möglich, fundierte Aussagen über das entsprechende Zinsrisiko zu machen. Ab dem Stichtag 31. Dezember 2002 haben alle österreichischen Kreditinstitute auf Einzelinstitutsebene – also unkonsolidiert – in vierteljährlichem Abstand eine Zinsrisikostatistik zu melden. Es handelt sich dabei um eine Darstellung des Risikoprofils einer Bank im Zinsbereich, aufgeschlüsselt nach der Dauer der Zinsbindung, der Produktkategorie und der Währung. Die Zinsrisikostatistik erlaubt eine detaillierte Betrachtung des institutsspezifischen Zinsrisikos und wird als Basis für die in der neuen Basler Eigenkapitalvereinbarung geforderte aufsichtliche Überwachung der Zinsrisikopositionen der Institute dienen. Im Kreis der Erstmelder, die bereits ab Ultimo 2001 zu melden hatten, gibt es 13 Institute, welche die Übergangsbestimmung nicht in Anspruch genommen haben und somit die Zinsrisikostatistik bereits ab dem 31. Dezember 2001 insgesamt melden. Eine grobe Erstanalyse unter dem Aspekt der Finanzmarktstabilität, die zum jetzigen Zeitpunkt wegen der noch geringen Zahl von Meldern mit Vorsicht zu interpretieren ist, zeigt aus systemischer Sicht kein erhöhtes Risikopotenzial.

Weiterhin erfolgreiche Aktivitäten der österreichischen Banken in den zentral- und osteuropäischen Ländern

Die großen österreichischen Kommerzbanken sind mit ihren Banktöchtern nunmehr bereits in zwölf zentral- und osteuropäischen Ländern vertreten. Im Jahr 2001 hat sich der Fokus zunehmend auf osteuropäische Länder wie Bosnien und Herzegowina oder Serbien gerichtet, wo die österreichischen Banken als ausländische Marktpioniere auftreten. Das österreichische Kommerzbankensystem in den zentral- und osteuropäischen Ländern weist per Dezember 2001 ein Bilanzvolumen von insgesamt rund 59 Mrd EUR²⁾ auf; dies entspricht bereits etwa 10% der Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute. Die Aktivitäten werden ständig ausgeweitet und umfassen inzwischen 38 Banken mit 2.611 Geschäftsstellen und rund 51.700 Mitarbeitern. Die Mitarbeiteranzahl in den zentral- und osteuropäischen Ländern liegt daher bei rund zwei Drittel des Beschäftigtenstands im österreichischen Bankensektor. Bei den österreichischen Großbanken Bank Austria AG, Erste Bank und Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB) liegt der Mitarbeiterstand im Ausland bereits deutlich über den jeweiligen Inlandswerten.

In Tabelle 6 sind wesentliche Kennzahlen der österreichischen Tochterbanken in Kroatien, der Slowakischen Republik, Slowenien, der Tschechischen

1 Diese deutliche Verringerung des insgesamt in Schuldverschreibungen veranlagten Volumens ist auf eine einzelne Großbank zurückzuführen und dürfte im Zusammenhang mit internen Umstrukturierungsmaßnahmen stehen.

2 Inklusive des 34% Anteils der Bank Austria AG an der BPH PBK, Polen, die vom Bank Austria / Creditanstalt-Konzern geleitet wird.

Republik und Ungarn dargestellt.¹⁾ Die Bilanzsumme in diesen Ländern liegt per Dezember 2001 mit 40,2 Mrd EUR deutlich über dem Vorjahreswert von 24,0 Mrd EUR.

Die Schwerpunkte der österreichischen Banken liegen in der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Ungarn und Kroatien, wobei der höchste Marktanteil per Dezember 2001 in der Slowakischen Republik mit rund 40% erreicht wurde (die Slovenská Sporiteľňa ist die größte und die Tatra Banka die drittgrößte slowakische Bank). Der Marktanteil der österreichischen Banken in der Tschechischen Republik liegt bei 25% (die Česká Spořitelna ist die zweitgrößte und die HVB Czech Republic a.s. die viertgrößte Bank), in Kroatien bei 18% und in Ungarn bei 17%.

Tabelle 6

Kennzahlen osteuropäischer Kommerzbanken im Mehrheitseigentum österreichischer Banken¹⁾

Land	Bilanzsumme	Betriebs- ergebnis	Risikokosten	Marktanteil	ROE	Mitarbeiter	Geschäfts- stellen
	in Mio EUR			in %		Anzahl	
Kroatien							
Dezember 2000	1.715	57	– 25	13	20	1.108	58
Dezember 2001	3.885	90	– 8	18	38	2.108	81
Polen							
Dezember 2000	7.664	155	– 71	7	15	9.839	414
Dezember 2001 ²⁾	x	x	x	x	x	x	x
Slowakische Republik							
Dezember 2000	2.789	79	– 13	16	28	2.365	98
Dezember 2001	8.507	115	1	40	21	8.851	566
Slowenien							
Dezember 2000	706	14	0	5	17	380	12
Dezember 2001	944	13	– 5	5	3	413	15
Tschechische Republik							
Dezember 2000	15.256	170	– 100	21	3	17.303	749
Dezember 2001	21.159	272	– 87	25	11	15.486	756
Ungarn							
Dezember 2000	3.484	59	– 11	18	26	2.813	134
Dezember 2001	5.742	98	– 16	15	17	3.455	160
Summe (ohne Polen)							
Dezember 2000	23.951	379	– 148	x	x	23.969	1.051
Dezember 2001	40.237	588	– 114	x	x	30.313	1.578

Quelle: OeNB.

¹⁾ Werte (in Summe) je Land; Zahlen gerundet; Werte Dezember 2001 nach Fusionen mit Tochterbanken der HVB.

²⁾ Aus Datenschutzgründen sind für diesen Meldetermin keine Angaben möglich.

Die in den zentral- und osteuropäischen Ländern tätigen Banken planen, ihre Marktanteile in einzelnen Ländern durch weitere Bankenübernahmen, verstärkte Kundenakquisition im gehobenen Privatkundengeschäft und forcierten Filialausbau zu erhöhen, und sie sehen weiterhin einen beachtlichen Nachholbedarf an Finanzdienstleistungen, der auch in den kommenden Jahren ein gutes Basiswachstum liefern soll. Wachstumsfördernd wirken in den zentral- und osteuropäischen Ländern auch die deutlichen Fortschritte bei der Weiter-

¹⁾ Aus Datenschutzgründen ohne Polen, da nach der Fusion der beiden polnischen Tochterbanken von Bank Austria AG und HVB derzeit nur noch eine Bank im Mehrheitseigentum einer österreichischen Bank steht.

entwicklung der Bankenstrukturen und der Rahmenbedingungen im Hinblick auf den anvisierten Beitritt zur Europäischen Union. Für die österreichischen Großbanken bedeutet die starke Präsenz in den zentral- und osteuropäischen Ländern aber auch eine zunehmende Abhängigkeit von der finanziellen Stabilität und der Robustheit der Bankensysteme in diesen Ländern gegenüber konjunkturellen Abschwächungen. Wenn die Finanzierung der Akquisitionen aus eigenen Mitteln der Konzernmutter erfolgt, führt eine intensive Übernahmetätigkeit zu einer sukzessiven Verringerung der Eigenmittelpolster. Die großen österreichischen Banken haben zur Finanzierung ihrer Osteuropaaktivitäten für eine Aufstockung des Eigenkapitals gesorgt: So hat die RZB bereits 363 Mio EUR genehmigtes Kapital, das vornehmlich zur Ostexpansion eingesetzt werden soll; bei der Erste Bank ist eine Kapitalerhöhung geplant.

Die Tochterbanken leisten einen beachtlichen Beitrag zum Ergebnis des Konzerns und haben im Jahr 2001 wesentlich zu den positiven Konzernergebnissen der österreichischen Banken beigetragen. Die Tochterbanken der Bank Austria AG in den zentral- und osteuropäischen Ländern hatten im Jahr 2001 einen Anteil von rund 8% an der Konzernbilanzsumme, der Anteil am Konzernbetriebsergebnis lag hingegen bei 25%. Die Bank Austria AG strebt an, dass ihre Töchter mittelfristig 50% des Konzernbetriebsergebnisses liefern sollen. Am meisten trugen die RZB-Tochterbanken mit 63% – bei einem 24-prozentigen Anteil an der Konzernbilanzsumme – zum Konzernbetriebsergebnis bei. Die positive Einschätzung der Erste Bank durch die Ratingagenturen und die gute Entwicklung der Erste Bank-Aktie an der Wiener Börse sind auch auf das erfolgreiche Ostgeschäft und die schnelle Integration der Česká Spořitelna und der Slovenská Sporiteľňa zurückzuführen. Das gute Ertragspotenzial der Tochterbanken zeigt auch die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity, ROE), wobei einzelne Banken Werte bis zu 46% erreichen. Auch die Risikokosten haben sich (mit Ausnahme von Polen) gut entwickelt.

Wenig veränderte Ertragslage im Jahr 2001

Die Ertragslage der in Österreich tätigen Banken zeigte im Jahr 2001 ein erfreulicheres Bild, als auf Grund der ersten Quartalsdaten und der Ereignisse vom 11. September 2001 zu erwarten gewesen wäre. Im Wesentlichen wurden die Ergebnisse des Jahres 2000 erreicht, nicht zuletzt auf Grund der positiven Entwicklung des vierten Quartals 2001. Die Analyse der Ertragslage auf Basis der unkonsolidierten Quartalsberichtswerte wird durch eine (vorläufige) Konzernbetrachtung verfeinert.¹⁾ Vergleiche mit dem Vorjahr sind wegen der erstmaligen Bilanzierung nach IAS bei drei Großbanken nur eingeschränkt möglich. Darüber hinaus haben Einmaleffekte, die auf Veränderungen in der Konzernstruktur der Großbanken zurückzuführen sind, die Ergebnisse beeinflusst.

Betrachtet man die unkonsolidierte Entwicklung der Ertragslage österreichischer Banken anhand des globalen Betriebsergebnisses in Prozent der Bilanzsumme, so zeigt sich eine weitgehend konstante Entwicklung während der letzten fünf Jahre (abgesehen von einem Tiefpunkt im Jahr 1999). Ende

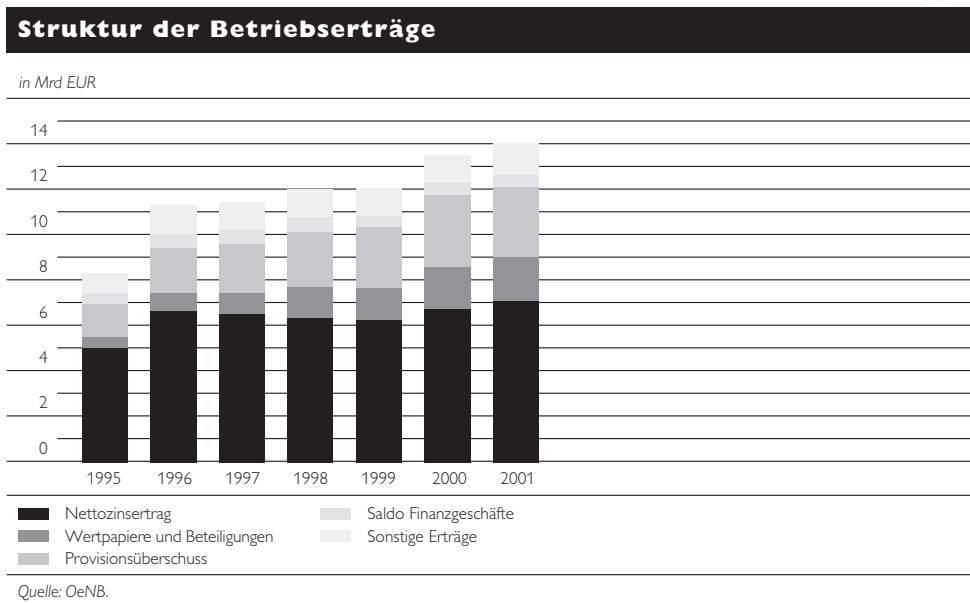
¹ Die endgültigen Jahresabschlusswerte werden erst nach Beendigung der Jahresabschlussprüfung im Zuge des fünften Quartalsberichts an die OeNB übermittelt.

2001 lag diese Kennzahl (global) auf unkonsolidierter Basis bei 0,8% (konsolidiert¹) bei 0,84%, während die Primärbanken (ohne Großbanken) einen höheren Wert (0,92%) erreichten.

Das globale Betriebsergebnis ist im Jahr 2001 (unkonsolidiert) um 1,3% auf 4,58 Mrd EUR angestiegen. In der konsolidierten Betrachtung zeigt sich eine Erhöhung um 4,6%, wobei die konsolidierten Betriebserträge um 14% und die konsolidierten Aufwendungen um 19% stiegen. Die gute Gesamtentwicklung ist vor allem auf die großen Bankkonzerne zurückzuführen, die Steigerungen des Betriebsergebnisses bis zu 16% erzielen konnten, während die Primärbanken (ohne Großbanken) Rückgänge von 4,7% zu verzeichnen hatten. Das Geschäftsergebnis der Primärbanken im Inland entsprach zwar nicht den Erwartungen, es liegt aber dank geringerer Risikokosten im Jahresergebnis über dem Vorjahreswert.

Ende 2001 zeigte sich sowohl in der unkonsolidierten als auch in der konsolidierten Betrachtung ein Anstieg des Nettozinsertrags (unkonsolidiert: +5,2%). Nach der in den Jahren 1993 bis 1999 zu beobachtenden sukzessiven Verschlechterung des Nettozinsertrags in Relation zur Bilanzsumme von 1,9 auf 1,2% und der Stabilisierung im Jahr 2000 stieg sie im Jahr 2001 auf 1,24%. Bei den Primärbanken war der Anstieg auf 1,66% noch deutlicher. Neben den günstigeren Refinanzierungsmöglichkeiten durch die gesunkenen Geldmarktsätze dürfte dabei auch eine Verbesserung bei den Kundenmargen eine Rolle gespielt haben. In der konsolidierten Betrachtung bewirkten zusätzliche Erträge aus den Tochterbanken im Ausland positive Effekte.

Grafik 19

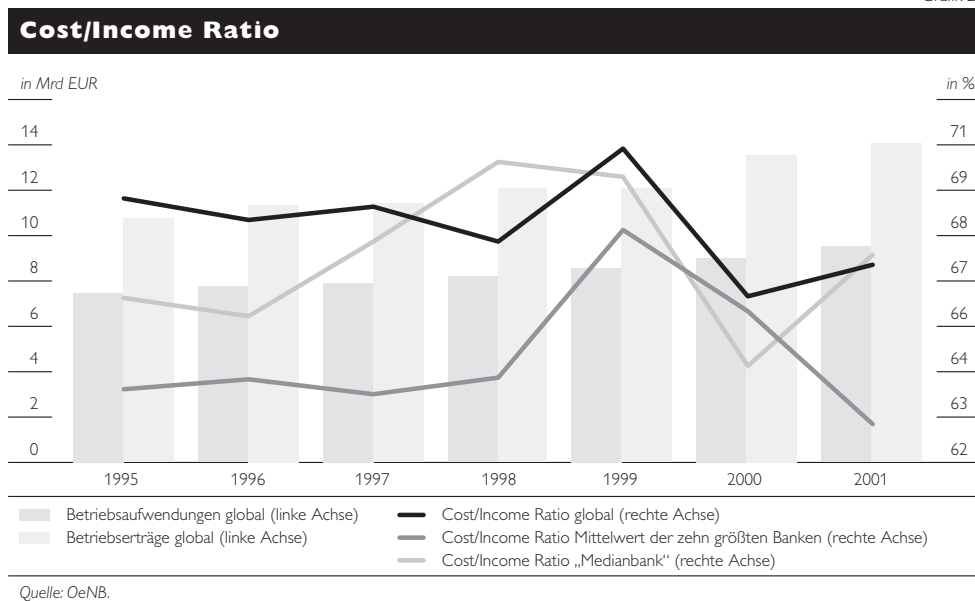


¹ Konsolidierte Werte wurden unter Berücksichtigung der (für 2001 vorläufigen) konsolidierten Konzernergebnisse von Bank Austria AG, Erste Bank, BAWAG/P.S.K.-Gruppe, RZB und ÖVAG errechnet. Im Folgenden wird daher nur in der globalen Betrachtung und bei den Großbanken zwischen konsolidierten und unkonsolidierten Werten unterschieden.

Die Struktur der Betriebserträge seit 1995 (siehe Grafik 19) zeigt die rückläufige relative Bedeutung des Nettozinsertrags für die gesamten Betriebserträge: Ende 2001 lag der Anteil bei 50,4%. Wegen der schwachen Entwicklung des Provisionsgeschäfts (Saldo aus dem Provisionsgeschäft im Jahr 2001: -4,4%), die auf die stark rückläufigen Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft zurückzuführen ist, hat im Jahr 2001 die relative Bedeutung des Zinsgeschäfts (gemessen an den Betriebserträgen) im Vergleich zum Vorjahr leicht zugenommen. Insgesamt hat das zinsabhängige Geschäft während der letzten Jahre aber sukzessive an Bedeutung verloren. Wegen der Abhängigkeit von der Kapitalmarktentwicklung kommt es bei den Provisionserträgen und bei Erträgen aus dem Finanzgeschäft zwangsläufig zu stärkeren Schwankungen. In Zeiten einer schwachen Börsenentwicklung wirkt der im internationalen Vergleich noch immer relativ hohe Anteil des Zinsgeschäfts daher ertragsstabilisierend für die österreichischen Banken.

Die Zuwächse bei den Betriebserträgen (+3,9%) waren im Jahr 2001 prozentuell etwas geringer als beim Betriebsaufwand, denn sowohl die Personalaufwendungen (+4,5%) als auch der Sachaufwand (+7,5%) sind kräftig angestiegen. Daher verschlechterte sich die Cost/Income Ratio gegenüber dem Jahr 2000 um 0,8 Prozentpunkte und betrug zum Ultimo 2001 67,4%. Die Betrachtung der Cost/Income Ratio seit dem Jahr 1995 zeigt keinen einheitlichen Trend (siehe Grafik 20). Es fällt aber auf, dass die zehn größten Banken fast immer eine bessere Relation als die „Medianbank“ und der globale Durchschnitt aufwiesen;¹⁾ seit dem Jahr 1999 hat sich die Cost/Income Ratio der zehn größten Banken laufend verbessert und lag Ende 2001 bei 63%. Die „Medianbank“ hat sich aber im letzten Jahr gegenläufig entwickelt.

Grafik 20



1) Die Berechnung der Cost/Income Ratio beruht auf Meldungen im Zuge des Quartalsberichts und berücksichtigt somit keine konsolidierten Konzernergebnisse für die Großbanken.

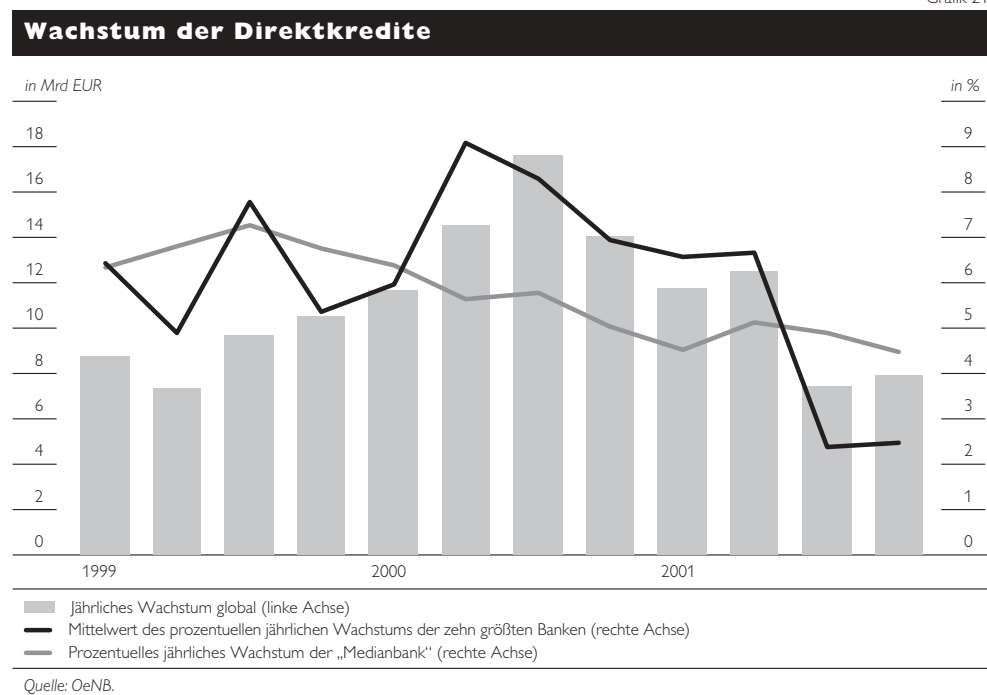
Die Verteilung der Kreditinstitute nach der Cost/Income Ratio zeigt, dass der Großteil der Banken Werte zwischen 60 und 80% aufweist. Die Anzahl der Banken im Intervall 50 bis 60% ist Ende 2001 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken, während jene im Intervall 70 bis 80% deutlich gestiegen ist. Auch die Zahl jener Banken, deren Erträge zu über 80% von Aufwendungen aufgebraucht werden, hat im Jahr 2001 zugenommen.

Der erwartete – neu zu bildende – Wertberichtigungsbedarf im Kreditbereich wurde im Jahr 2001 deutlich über dem geschätzten Wert des Vorjahres angesetzt (+14%). Im Bereich der Wertpapiere und Beteiligungen wurden Erträge durch Aufwertungen erzielt, sodass – insgesamt betrachtet – die Risikokosten zurückgingen. Betrachtet man die Entwicklung der Risikokosten (in Relation zum Jahresergebnis oder zur Bilanzsumme), so zeigt sich in den letzten fünf Jahren eine sukzessive Reduktion. Gemessen an der Bilanzsumme sind die Risikokosten (unkonsolidiert) bei allen Sektoren – außer den Sparkassen – rückläufig. In der konsolidierten Betrachtung sind die Risikokosten in den Konzernbilanzen angestiegen, bei den Primärbanken hingegen gesunken, daher ergibt sich in Summe eine leichte Reduktion.

Stabilisierung der Nachfrage nach Fremdwährungskrediten bei deutlich verringertem Kreditwachstum

Das Kreditgeschäft stellt mit einem Gesamtvolumen von 233 Mrd EUR per Ultimo 2001 nach wie vor einen zentralen Geschäftsbereich der österreichischen Banken dar. Seit Ende 2000 ist die Nachfrage nach Direktkrediten trotz sinkender Zinssätze jedoch deutlich rückläufig. Wie aus Grafik 21 ersichtlich ist, hat sich das jährliche Wachstum der Direktkredite im dritten Quartal 2001 nochmals von 12 Mrd EUR auf den Jahrestiefstand von 7,9 Mrd EUR verringert. Dabei zeigte sich deutlich, dass die zehn größten

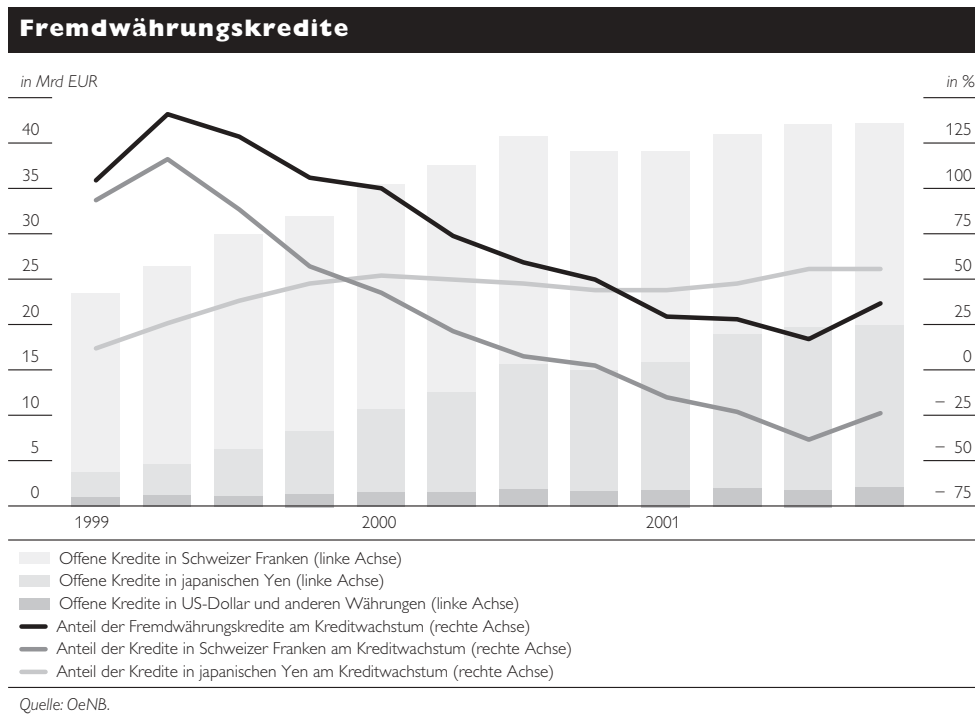
Grafik 21



Banken wesentlich stärker betroffen waren als die „Medianbank“, die in den letzten Jahren nur einen leicht rückläufigen Wachstumsverlauf aufweist: Während sich das Kreditwachstum der „Medianbank“ im zweiten Halbjahr 2001 von 5,1 auf 4,5% verringerte, ist jenes der zehn Großbanken von 6,3 auf 2,5% gesunken.

Unterscheidet man das Kreditwachstum nach volkswirtschaftlichen Sektoren, so wird deutlich, dass für diesen Rückgang in erster Linie der Unternehmenssektor verantwortlich ist, was wiederum auf die verschlechterte Konjunkturlage zurückgeführt werden kann. Während in den ersten beiden Quartalen 2001 noch rund zwei Drittel des Kreditwachstums auf den Unternehmenssektor entfiel, sank dessen Anteil bis zum vierten Quartal auf 43%, was einem Rückgang von 8,5 auf 3,5 Mrd EUR entspricht. Das Wachstum der Kredite an private Haushalte ging im selben Zeitraum lediglich von 4,5 auf 3,6 Mrd EUR zurück, sodass der Wachstumsbeitrag der Privatkredite Ende 2001 mit 44% sogar noch knapp über jenem der Unternehmen liegt. Der leichte Anstieg des Kreditwachstums im vierten Quartal 2001 ist auf die inländischen Finanzintermediäre (ohne Banken) zurückzuführen, wobei der Großteil auf die Versicherungen entfiel, deren Kreditbedarf sich im letzten Quartal 2001 in Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 erhöhte.

Grafik 22



Bei den Fremdwährungskrediten konnte seit Mitte 2000 eine Stabilisierung gegenüber den Vorjahren festgestellt werden. Während im Jahr 1999 – auf Grund eines Rückgangs der Kredite in Euro – der Anteil der Fremdwährungskredite am gesamten Kreditwachstum (inklusive Ausleihungen an Finanzintermediäre – ohne Banken – und an den öffentlichen Sektor) noch über 100% betrug, hat sich dieser bis zum dritten Quartal 2001 auf 17% verringert (siehe Grafik 22). Insbesondere hat sich das jährliche Wachstum der Kredite in

Schweizer Franken sowie dessen Anteil am gesamten Kreditwachstum seit Ende 1999 verlangsamt und ist seit Anfang 2001 negativ. Im selben Zeitraum war bei den Ausleihungen in japanischen Yen ein starker Anstieg beobachtbar, sodass sich deren Wachstumsbeitrag im Vergleich zum Vorjahr von 44 auf 56% im dritten Quartal 2001 erhöhte. Im vierten Quartal stabilisierte sich die Nachfrage nach Krediten in japanischen Yen, während sich der Rückgang der Kredite in Schweizer Franken von –37 auf –25% reduzierte. In Summe hat sich dadurch der Anteil der Fremdwährungskredite am Gesamtkreditwachstum wieder auf 37% erhöht.

Durch die erhöhte Nachfrage nach Krediten in japanischen Yen hat deren Anteil an den gesamten ausstehenden Fremdwährungskrediten im Vergleich zum Vorjahr von 34 auf 41% Ende des vierten Quartals 2001 zugenommen, was einem „ausstehenden“ Volumen von 17,8 Mrd EUR entspricht. Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil der Ausleihungen in Schweizer Franken von 61 auf 52% verringert. Die Kredite in Schweizer Franken bilden also trotz des zuletzt negativen Wachstums mit 22 Mrd EUR den größten Teil der ausstehenden Fremdwährungskredite.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass der Anteil der Fremdwährungskredite am gesamten ausstehenden Kreditvolumen mit knapp 18% im internationalen Vergleich unverändert hoch ist. Auch wenn sich die Nachfrage nach Fremdwährungskrediten im Jahr 2001 offensichtlich stabilisiert hat, ist eine genaue Beobachtung der Entwicklung im Hinblick auf die Bedeutung derartiger Volumina für die Stabilität des österreichischen Bankensektors notwendig. Dies umso mehr, als der Anteil der Kredite in japanischen Yen, denen ein höheres Wechselkursrisiko innewohnt als den Ausleihungen in Schweizer Franken, am gesamten Kreditwachstum im Vergleich zum Vorjahr zugenommen hat. Auch wenn das Wechselkurs- und Zinsänderungsrisiko, das mit den Fremdwährungskrediten einhergeht, von den Kreditnehmern zu tragen ist, ergeben sich daraus gleichwohl mittelbare Implikationen für die Risikoposition der Banken. Es wird jedenfalls von den Banken einer adäquaten Besicherung und laufenden Kontokontrollen große Bedeutung beigemessen.

Zufrieden stellende Risikotragfähigkeit trotz leicht erhöhten Kreditrisikos

Für nahezu alle österreichischen Banken stellt das Kreditrisiko das wesentliche Risiko ihrer Geschäftstätigkeit dar. Eine aktuelle Beurteilung des Kreditrisikos kann anhand von Meldungen im Zusammenhang mit der derzeit noch gültigen Kapitaladäquanz-Richtlinie gemäß dem Basler Accord 1988 vorgenommen werden. Im Zuge der Berechnung des Eigenkapitalerfordernisses sind Ausleihungen entsprechend der Bonität des Kreditnehmers zu gewichten, sodass der Anteil der risikogewichteten Aktiva an den gesamten Aktiva als Indikator zur Bewertung der Kreditqualität herangezogen werden kann.

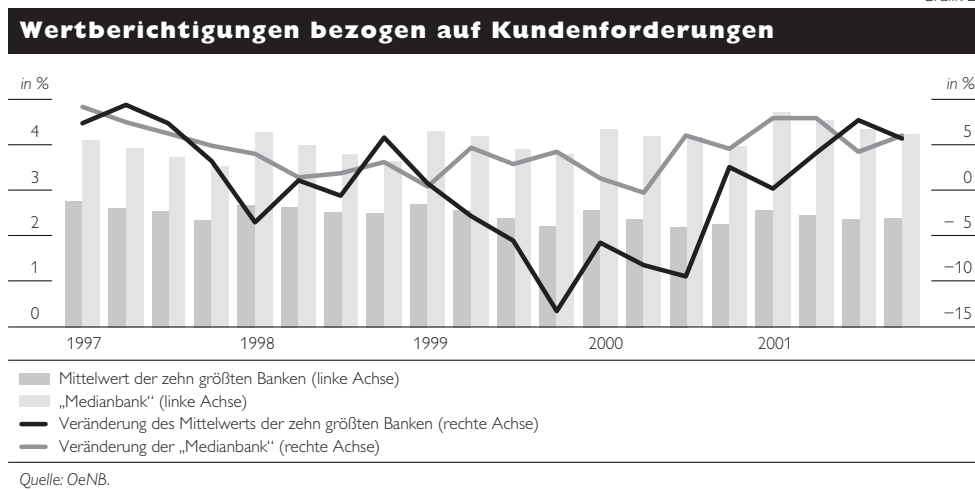
Die zehn größten Banken wiesen Ende 2001 mit 45% einen wesentlich niedrigeren Anteil von risikogewichteten Aktiva an der Bilanzsumme aus als die „Medianbank“ mit 58%. Daraus kann geschlossen werden, dass die Großbanken im Durchschnitt weniger Ausleihungen mit höheren Risikoklassen tätigen als eine „durchschnittliche“ österreichische Bank. Dies dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass die Großbanken anteilmäßig mehr Kredite an die

öffentliche Hand und damit an Schuldner bester Bonität vergeben als die „durchschnittliche“ österreichische Bank.

Einen weiteren wesentlichen Indikator zur Beurteilung des Kreditrisikos auf Basis der derzeitigen Eigenmittelvorschriften stellen die Wertberichtigungen bezogen auf ausstehende Forderungen dar. Dies sind die im Zuge des Monatsausweises ausgewiesenen Beträge zur Risikovorsorge für Ausleihungen, bei denen Zweifel über die Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer besteht. Der Wertberichtigungsbedarf aus Forderungen gegenüber Kreditinstituten war während der letzten zwei Jahre sehr gering und lag im Durchschnitt unter einem Promille. Der wesentlich größere Teil des Kreditrisikos, das von den österreichischen Banken getragen wird, bezieht sich auf Forderungen gegenüber Kunden, weshalb der entsprechende Wertberichtigungsbedarf deutlich höher ausfällt. Während der letzten Jahre bewegten sich die gesamten Wertberichtigungen aus Kundenforderungen mit Werten zwischen 3 und 3,75% auf relativ niedrigem Niveau. Ende des vierten Quartals 2001 lagen sie bei 3,16%, was gegenüber dem Vorjahr einer geringfügigen Erhöhung um 0,15% entspricht.

In Grafik 23 werden die Wertberichtigungen der systemrelevanten Banken aus Kundenforderungen jenen des „durchschnittlichen“ österreichischen Kreditinstituts gegenübergestellt. Während der letzten Jahre war der Wertberichtigungsbedarf der zehn größten Banken stets um ein bis zwei Prozentpunkte geringer als jener der „Medianbank“. Ende 2001 lagen die Wertberichtigungen der zehn größten Banken bei 2,4% und jene der „Medianbank“ bei 4,2%. In beiden Fällen stellt dies allerdings eine Zunahme um etwas mehr als 5%, bezogen auf das Vorjahr, dar.

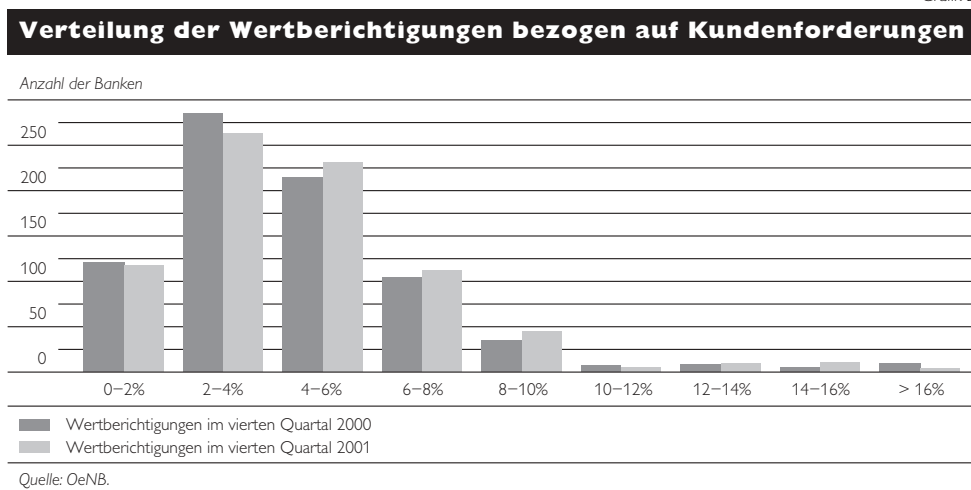
Grafik 23



Auch in Grafik 24, die die Verteilung der österreichischen Banken nach den Wertberichtigungen zeigt, ist die geringfügige Verschlechterung der Kreditportefeuilles im Vergleich zum Vorjahr deutlich zu erkennen. Die Verteilung hat sich insgesamt nach rechts verschoben, was bedeutet, dass mehr Banken einen höheren Wertberichtigungsbedarf aufweisen. In den Klassen mit Wertberichtigungen bis 4% hat sich die Anzahl der Banken um 25 (etwa 4% aller Kreditinstitute) verringert, während sie sich in jenen mit einem Wertberichtigungs-

bedarf zwischen 4 und 10% um etwa die gleiche Anzahl erhöht hat. Die Anzahl der Kreditinstitute, die im letzten Quartal 2001 Wertberichtigungen über 10% gemeldet haben, ist im Vergleich zum Vorjahr mit 29 (3,6% der Kreditinstitute) konstant geblieben, weshalb die Verschlechterung der Kreditqualität nicht als dramatisch angesehen werden muss. Die Anzahl der Banken mit einem Wertberichtigungsbedarf von mehr als 16% ist im selben Zeitraum sogar von 10 auf 5 gesunken.

Grafik 24



Um die Risikotragfähigkeit der österreichischen Banken beurteilen zu können, muss neben der Kreditqualität bzw. dem Kreditrisiko auch deren Eigenmittelausstattung einer kritischen Bewertung unterzogen werden. Die Jahresendwerte der durchschnittlichen Eigenmittelquote zur Unterlegung des Kreditrisikos¹⁾ bezogen auf alle Kreditinstitute schwankten seit 1998 zwischen 13 und 14%. Dies liegt deutlich über dem im Bankwesengesetz (BWG) geforderten Mindestwert von 8%, der Ende des letzten Quartals 2001 von keinem Kreditinstitut unterschritten wurde.

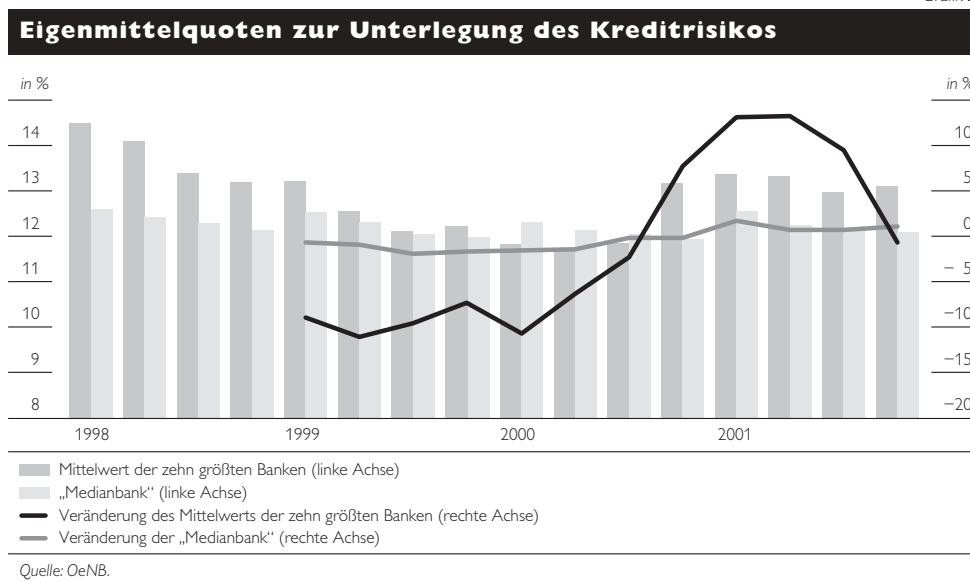
Hinsichtlich der sektoralen Differenzierung zeigt sich seit dem Jahr 1998 ein relativ konstantes Bild: Die Sparkassen haben mit zuletzt 15,7% Eigenmittelquote – abgesehen von den Sonderbanken mit 25,2% – die beste Kapitalausstattung, während Ende 2001 die Landes-Hypothekenbanken mit 10,9% und die Bausparkassen mit 9,7% deutlich unter der globalen Eigenmittelquote von 13,8% liegen. Die Aktienbanken (12,1%), der Raiffeisenbankensektor (12,8%) und die Volksbanken (12,9%) bilden das Mittelfeld in Bezug auf die Eigenkapitalausstattung.

Der Vergleich der zehn größten Banken mit der „Medianbank“ (siehe Grafik 25) zeigt, dass die systemrelevanten Banken seit dem vierten Quartal

¹ Die im Folgenden beschriebene Eigenmittelquote bezieht sich auf die laut BWG zur Unterlegung des Kreditrisikos anrechenbare Eigenmittel (Tier 1-Kapital + Tier 2-Kapital – Abzugsposten), die im Verhältnis zur Bemessungsgrundlage gesetzt werden. Die im Monatsausweis der OeNB und im Finanzmarktstabilitätsbericht 2 der OeNB (2001) publizierten Eigenmittelquoten beziehen auch das Tier 3-Kapital in die Berechnung ein, weshalb sich entsprechend höhere Werte ergeben. Da es sich dabei um nachrangiges Kapital handelt, das nur zur Unterlegung des Marktrisikos verwendet werden darf, wurde im Folgenden auf dessen Einbeziehung verzichtet, um eine möglichst konservative Bewertung der Kapitaladäquanz zu erhalten.

2000 eine deutlich bessere Eigenmittelausstattung aufweisen. Ende 2001 lag die Eigenmittelquote dieser Banken mit durchschnittlich 13,1% um einen Prozentpunkt über dem Medianwert. Allerdings unterliegt die Eigenmittelquote der Großbanken wesentlich größeren Schwankungen als jene der „Medianbank“, die sich seit dem Jahr 1998 zwischen 12 und 12,5% bewegt. Die Eigenmittelquote der Großbanken war zwischen 1999 und Mitte 2000 stark rückläufig, was unter anderem auf den erhöhten Kapitalbedarf im Zuge der Expansion der Großbanken in den zentral- und osteuropäischen Ländern zurückzuführen sein dürfte, und lag in den ersten drei Quartalen 2000 sogar unter jener der „Medianbank“. Ab dem vierten Quartal 2000 nahm sie mit jährlichen Zuwachsraten von bis zu 14% aber wieder deutlich zu¹⁾ und liegt Ende 2001 um nur 0,1 Prozentpunkt unter dem entsprechenden Vorjahreswert von 13,2%. Die Streuung der Eigenkapitalquote zeigt Ende 2001 ebenfalls ein zufrieden stellendes Bild: Das 95%-Quantil²⁾ der Eigenkapitalquote liegt im vierten Quartal 2001 bei 8,7%, und fast 80% der Banken haben eine Eigenkapitalquote von über 10%.

Grafik 25



Zusammenfassend kann die Risikotragfähigkeit der österreichischen Kreditinstitute auf Basis der bei Redaktionsschluss verfügbaren Daten des vierten Quartals 2001 als zufrieden stellend bezeichnet werden. Im Vergleich zum Vorjahr ist zwar ein erhöhter Wertberichtigungsbedarf gegenüber Kundenforderungen zu beobachten, der in erster Linie auf das verschlechterte konjunkturelle Umfeld zurückzuführen sein dürfte. Die Wertberichtigungen waren im Durchschnitt Ende 2001 um rund 5% höher als ein Jahr zuvor, wobei der Anteil der Banken mit einem Wertberichtigungsbedarf über 10% im

1 Die hohen jährlichen Zuwachsraten bis zum dritten Quartal 2001 sind primär auf die Erhöhung der durchschnittlichen Eigenkapitalquote der zehn größten Banken von 11,9 auf 13,2% zwischen dem dritten und dem vierten Quartal 2000 zurückzuführen. Diese Erhöhung wiederum resultiert in erster Linie aus der Begebung großer Volumina an nachrangigem Kapital einer einzelnen Großbank, wodurch deren anrechenbare Eigenmittel – vorwiegend Tier 2-Kapital – um 80% anstiegen.

2 Das 95%-Quantil gibt jene Eigenkapitalquote an, die von 95% aller Kreditinstitute übertroffen wird.

Vergleich zum Vorjahr allerdings konstant geblieben ist. Diesem geringfügig erhöhten Kreditrisiko stehen allerdings Eigenkapitalquoten gegenüber, die im Durchschnitt weit über dem gesetzlich geforderten Minimum von 8% liegen.

Hinsichtlich der Stabilität des österreichischen Bankensystems ist positiv hervorzuheben, dass die systemrelevanten Banken in Bezug auf alle verfügbaren Indikatoren für die Kreditqualität bzw. das Kreditrisiko noch bessere Werte als das durchschnittliche Kreditinstitut zeigen: Während der letzten Jahre waren der Anteil der risikogewichteten Aktiva an der Bilanzsumme, der Wertberichtigungsbedarf bezogen auf Kundenforderungen und der Anteil von Problemkrediten an den gesamten Forderungen¹⁾ im Durchschnitt der zehn größten Banken stets geringer als die entsprechenden Medianwerte. Auf Basis der für das vierte Quartal 2001 verfügbaren Daten zeigt sich diese Situation unverändert. Gleichzeitig weisen die Großbanken seit dem letzten Quartal 2000 überdurchschnittliche Eigenkapitalquoten auf, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die systemrelevanten Banken über eine gute Risikotragfähigkeit verfügen.

Andere Finanzintermediäre

Investmentfonds

Die Entwicklung des veranlagten Volumens²⁾ der österreichischen Investmentfonds war im vergangenen Jahr durch die Börsensituation und die Ereignisse in den USA geprägt. Während in den ersten beiden Quartalen ein konstanter Anstieg beobachtbar war, kam es in Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 zu einem Rückgang. Mit einem Wachstum von 4,6% bis Ende 2001 konnten die österreichischen Kapitalanlagegesellschaften die Einbußen jedoch zum Teil wieder kompensieren und das veranlagte Vermögen auf 86,8 Mrd EUR ausweiten. Die Zuwachsrate in Österreich lag damit doppelt so hoch wie der europäische Durchschnitt (EU-Gesamt ohne Österreich +2,3%). Das im Jahr 2001 in Investmentfonds neu investierte Kapital stieg gegenüber dem Vorjahr um beachtliche 7,6% auf 98,7 Mrd EUR. Damit konnte zwar nicht an die Wachstumsraten vergangener Jahre angeschlossen werden, allerdings wurde fast das Wachstum der Spareinlagen, das im Jahr 2001 bei 7,8% lag, erreicht.

Die Veranlagungsstruktur der österreichischen Investmentfonds zeigte im Jahr 2001 mit über 60% weiterhin eine klare Dominanz der Rentenwerte. Die Veranlagung in Investmentzertifikate ist von 9% im Jahr 1999 auf rund 18% bis Ende 2001 angestiegen. Der Anteil von Aktien und anderen Beteiligungen bewegte sich, wie auch im Jahr zuvor, um die 20%. Die eher konservative Veranlagungsstruktur mit einem hohen Anteil an Rentenwerten trug dazu bei, dass im Zuge der weltweit ungünstigen Börsenentwicklung und den Terroranschlägen in den USA die österreichischen Investmentfonds im gesamten Jahr 2001 nur einen geringen Kurswertverlust von 9 Mio EUR auswiesen. Dies entspricht, gemessen am Vermögensbestand Dezember 2000, einer Gesamt-

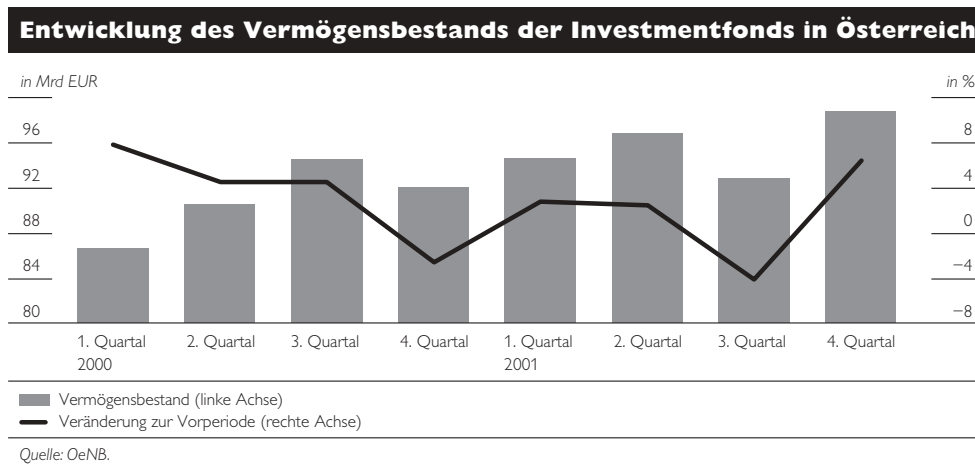
1 Siehe dazu die detaillierte Darstellung der Kreditqualität auf Basis der bankaufsichtlichen Prüfberichte 1996 bis 2000 im Finanzmarktstabilitätsbericht 2 der OeNB (2001). Die entsprechenden Zahlen für 2001 waren bei Redaktionsschluss noch nicht verfügbar.

2 Veranlagtes Volumen 2001 = veranlagtes Volumen 2000 + neu investiertes Kapital – Ausschüttungen +/- Kursgewinne/Kursverluste.

performance von knapp $-0,01\%$. Im Jahr 2001 entwickelten sich nur 74 bzw. 17% der insgesamt 441 aufgelegten Aktienfonds positiv, während bei den Rentenfonds immerhin 89% ihren Wert gegenüber dem Vorjahr steigern konnten.

Die österreichischen Investmentfonds liegen mit dem hohen Anteil von Rentenfonds allerdings nicht im europäischen Trend,¹⁾ der eine zunehmende Dominanz der Aktienfonds aufweist. Der Anteil der Aktienfonds stieg in den europäischen Ländern von 25% im Jahr 1995 auf 40% Ende 2001. Neben der positiven Entwicklung der Aktienmärkte in diesem Zeitraum dürfte für diesen Trend auch das zunehmende Interesse der Bevölkerung an Alternativen zum Spargbuch verantwortlich sein.

Grafik 26



Auf Grund der deutlichen Volumenzunahmen ist die stabilitätspolitische Bedeutung der Kapitalanlagegesellschaften weiter gestiegen und im Zuge der neuen gesetzlichen Regelung der Abfertigung werden sich für die Investmentfonds zusätzliche Herausforderungen ergeben. Basis für die Stabilität ist unter anderem eine ausgewogene Veranlagungsstruktur, die Beständigkeit auch in Krisensituationen gewährleistet. Die zunehmende „Institutionalisierung“ der Veranlagung auf den Wertpapiermärkten durch professionelle Vermögensverwalter gewinnt auch aus Effizienz- und Stabilitätsüberlegungen zunehmend an Bedeutung. Einerseits besteht ein grundsätzliches Interesse an einem professionellen Veranlagungsmanagement, andererseits gilt es, Risiken für das Finanzsystem aus der zunehmenden Konzentration von Anlagegeldern zu vermeiden.

Versicherungen

Trotz der Einbrüche auf den Aktienmärkten und der Terroranschläge in den USA lassen die vorläufigen Daten für das Jahr 2001 eine positive Entwicklung für die österreichische Versicherungswirtschaft erwarten. Dies zeigt sich vor allem in der Ausweitung des Prämienvolumens, womit sich der Trend vergangener Jahre fortsetzt. Seit 1990 war die Steigerung der Versicherungsdichte²⁾ größer als das Bevölkerungswachstum, was vor allem auf den

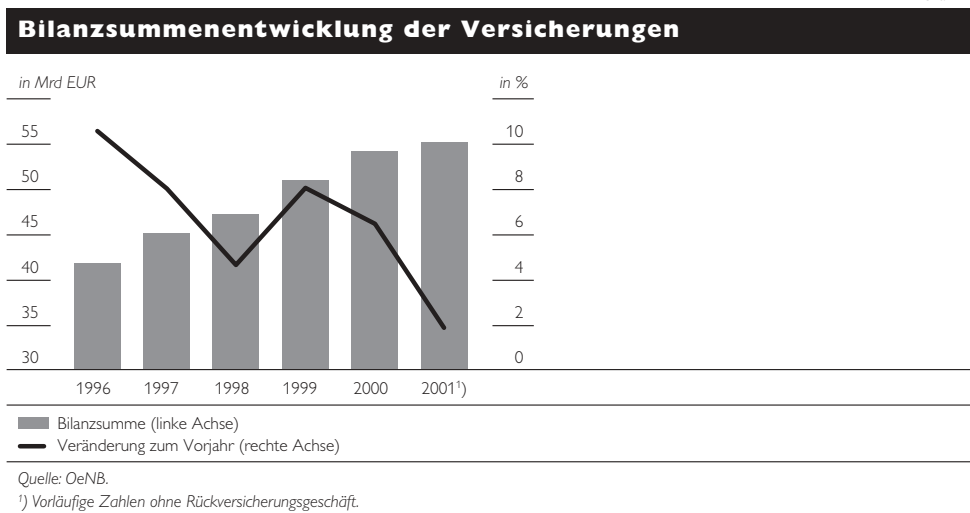
1 Siehe dazu *Fédération Européenne des Fonds et Sociétés d'Investissement (FEFSI). The State of European Investment Funds Industry, 2001.*

2 Die Versicherungsdichte stellt die Prämien pro Kopf dar.

anhaltenden Boom in der privaten Altersvorsorge zurückzuführen ist. Auch für das Jahr 2001 weisen die bisher vorliegenden Daten des Verbands der Versicherungsunternehmen wieder einen Prämienzuwachs in der Höhe von 6,6% aus. Der Großteil entfällt dabei auf die Lebensversicherungen, aber auch bei den Kranken- sowie den Schaden- und Unfallversicherungen war für das Jahr 2001 eine Ausweitung des Prämienvolumens zu beobachten.

Die Bestände der Aktivseite der österreichischen Versicherungswirtschaft zeigten im Jahr 2001 eine unterschiedliche Entwicklung. Die inländischen Rentenwertpapiere und Darlehen an den Staat verzeichneten Rückgänge zwischen 1,8 und 24%. Bei den Anteilswerten sowie den inländischen Beteiligungen und den Auslandsaktiva waren im Zug der Septemberereignisse im dritten Quartal 2001 leichte Abnahmen beobachtbar, die jedoch bis Ende des Jahres 2001 wieder kompensiert werden konnten.

Grafik 27



Die positive Entwicklung der Bilanzsumme in vergangenen Jahren dürfte sich auch 2001 fortsetzen, wenngleich die Wachstumsrate deutlich hinter den vorangegangenen Jahren liegt. Dies wird sich auch in den Gewinnbeteiligungen der Versicherten niederschlagen, die zusätzlich zum garantierten Rechnungszinssatz¹⁾ gewährt werden und einem gewissen Prozentsatz der erwirtschafteten Erträge entsprechen. In den vergangenen Jahren lag dieser Prozentsatz zwischen 6 und 7%, für das Jahr 2001 ist allerdings mit einem Rückgang auf 5 bis 5,5% zu rechnen. Damit zeigt sich, dass trotz der strikten gesetzlichen Veranlagungsvorschriften längerfristige Schwächen auf den Kapitalmärkten Auswirkungen auf die Leistung des Versicherungsanbieters haben können. Obwohl die private Versicherungswirtschaft mit 1,5% der realen Wertschöpfung einen vergleichsweise kleinen Wirtschaftsbereich darstellt, kommt ihr aber auf Grund der hohen Veranlagungsvolumina hinsichtlich der Finanz-

1) Der Versicherer garantiert jenen Anteil von Beiträgen, die für den Aufbau von Kapital bestimmt sind, jährlich mit einem Rechnungszinssatz zu verzinsen. Dieser Rechnungszinssatz wird bei Abschluss des Versicherungsvertrags festgelegt und ist für die gesamte Laufzeit gültig. Seit 1. Juli 2000 beträgt die durch die österreichische Versicherungsaufsicht festgelegte, höchstmögliche Garantieverzinsung auf Prämien-Sparanteile 3,25% p.a.

marktstabilität eine besondere Bedeutung zu. Dies verdeutlichten auch die negativen Auswirkungen der Ereignisse vom 11. September 2001 auf die Versicherungswirtschaft. Nach Schätzungen des Versicherungsverbands dürfte der maximale Schaden für die österreichische Versicherungswirtschaft bei 7,2 Mio EUR liegen. Die Auswirkungen auf die österreichischen Versicherungsunternehmen hielten sich somit in Grenzen, da die Schwerpunkte der internationalen Geschäftstätigkeit in Europa liegen. An zunehmender Bedeutung gewinnt dabei das Engagement im zentral- und osteuropäischen Bereich, das die marktführenden Versicherungsunternehmen noch ausbauen wollen.

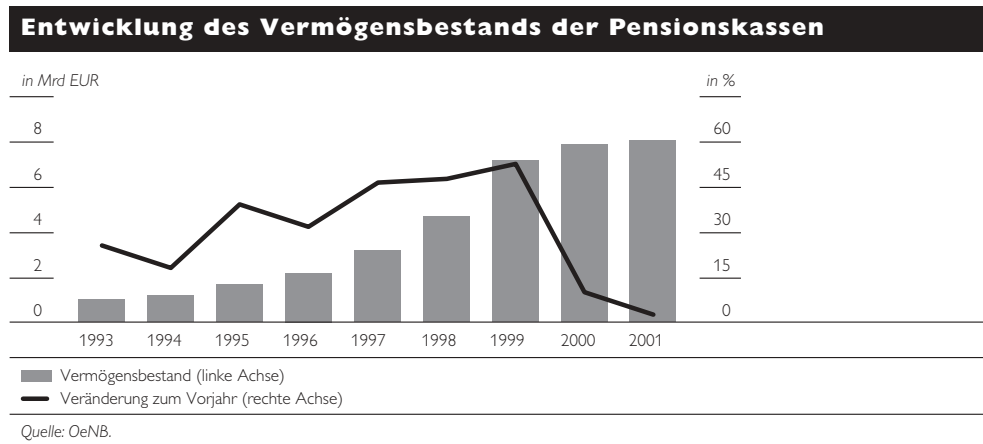
Pensionskassen

Im Zuge der Reformierung der Pensionsmodelle und der wachsenden Bedeutung der betrieblichen Altersvorsorge spielen die Pensionskassen eine immer wichtigere Rolle auf den heimischen Finanzmärkten. Das spiegelte sich auch im rasanten Anstieg der gesamten Vermögensbestände der österreichischen Pensionskassen wieder, die von 1 Mrd EUR im Jahr 1993 auf rund 8 Mrd EUR im Jahr 2001 zunahmen. Mit Steigerungsraten zwischen 46 und 52% konnten dabei die höchsten jährlichen Wachstumsraten Ende der Neunzigerjahre verzeichnet werden. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich bei der Anzahl der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten,¹⁾ die von 54.020 im Jahr 1993 auf 318.000 Ende 2001 anstieg. Die Gesamtanzahl der österreichischen Pensionskassen ist im Jahr 2001 auf 19 angestiegen (davon 12 betriebliche und 7 überbetriebliche Pensionskassen).

Der gesamte Vermögensbestand ist im Jahr 2001 nur um 201 Mio EUR angewachsen, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von moderaten 2,6% entspricht, im Vergleich zu rund 10% im Vorjahr. Ähnlich wie bei der Performance der Investmentfonds und der Versicherungen schlug sich auch hier die negative Entwicklung auf den Aktienmärkten nieder. So mussten die sieben überbetrieblichen Pensionskassen durchschnittlich einen Rückgang von 1,5% bei den Veranlagungserträgen hinnehmen. Da Pensionskassen jedoch nicht wie die Lebensversicherer einen Rechnungszinssatz für die Kalkulation der Pensionsleistungen garantieren, kann es im Fall der beitragsorientierten Pensionsmodelle unter derartigen Umständen zu Pensionskürzungen kommen, wenn der effektive Ertrag auf das Kapital unter dem Rechnungszinssatz liegt. Um das zu verhindern, sieht das Gesetz allerdings so genannte Schwankungsrückstellungen²⁾ vor, aus denen der Differenzbetrag gegebenenfalls beglichen wird. Folgen mehrere veranlagungsschwache Jahre aufeinander, so können jedoch auch diese Reserven aufgebraucht werden und Kürzungen bei den Rentenzahlungen entstehen. Es ist die Aufgabe der Pensionskassen, auf Kapitalmarktentwicklungen zu reagieren und die Veranlagungsstrategien entsprechend anzupassen.

1 Unter Anwartschaftsberechtigten versteht man Personen, die Ansprüche auf künftige Leistungen aus dem Pensionskassenvertrag haben; bei Leistungsberechtigten handelt es sich um Personen, an die die Pensionskasse bereits Leistungen aus dem Pensionskassenvertrag erbringt.

2 Diese Schwankungsrückstellungen setzen sich aus allen Veranlagungsüberschüssen, die die rechnungsmäßigen Überschüsse übersteigen, und den versicherungstechnischen Gewinnen zusammen.



Die Veranlagung der Vermögensbestände österreichischer Pensionskassen erfolgte im Jahr 2001 in erster Linie in inländische Vermögenswerte. Der Großteil entfällt dabei mit 89% auf Investmentzertifikate, womit sich die Veranlagungsstruktur der vergangenen Jahre fortsetzte. Durch die Umsetzung der OGAW-Richtlinie¹), die im Dezember vorigen Jahres vom Rat der Wirtschafts- und Finanzminister beschlossen wurde, ist mit einer Erweiterung der Anlagemöglichkeiten zu rechnen. Diese wurden unter Wahrung des größtmöglichen Anlegerschutzes auf Geldmarktinstrumente und Anteile von (nach dieser Richtlinie zugelassenen) Investmentfonds ausgeweitet. Ferner werden künftig neben Anlagen in Sichteinlagen oder kündbare Einlagen mit einer Laufzeit von höchstens 12 Monaten bei Kreditinstituten auch Anlagen in Derivate, die an geregelten Märkten gehandelt werden, und OTC-Derivate sowie Anlagen in so genannte Index-Tracking-Fonds²) zugelassen.

1 Richtlinie 2001/108/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Jänner 2002 zur Änderung der Richtlinie 85/611/EWG des Rates zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) hinsichtlich der Anlagen der OGAW.
 2 Unter Index-Tracking-Fonds sind Fonds zu verstehen, die anerkannte Aktien- oder Schuldtitelindizes nachbilden.